

## **Schlussfolgerungen der 24. KGZE in Brno / Tschechien, 2012**

Von 21. – 24. Juni 2012 fand in Brno die 24. Konferenz über die gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KGZE) statt.

Die **58 Teilnehmerinnen und Teilnehmer** aus Gewerkschafts- und Arbeitnehmerorganisationen in **15 europäischen Ländern** haben sich bei dieser Konferenz mit folgendem Thema auseinandergesetzt:

### **24. KGZE: Europa in der Schuldenkrise – Wie wirken sich Staatsschulden auf die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt aus? Wie können neue „Steuersysteme“ wieder politische Spielräume schaffen?**

Aus den intensiven Diskussionen und Beratungen wurden bei der 24. KGZE folgende Schlussfolgerungen gezogen.

#### **I. Zur aktuellen Krise**

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist – nach Jahrzehnten der Globalisierung – die Wirtschaft weltweit vernetzt. Deshalb haben die „*unorthodoxen Geschäftspraktiken*“ (Zitat: Manuel Baroso, am G 20-Gipfel im Juni 2012) von US-Banken dazu geführt, dass nicht nur große Bankhäuser in den USA in Konkurs gegangen sind (Lehman Brothers u.a.), sondern es seit dem Jahr 2008 zu einer weltweiten Krise gekommen ist. In Europa waren und sind viele Staaten gezwungen, ihren Bankensektor zu retten. Diese viele hunderte Milliarden Euro teuren Rettungsaktionen haben die Staatsschulden in den Folgejahren enorm nach oben getrieben, sodass derzeit eine Einhaltung der „Maastricht-Kriterien“ nur in ganz wenigen Euro-Ländern gelingt. Um aber wieder eine wirtschaftliche Stabilität zu erreichen – und nicht schutzlos den Spekulationen auf Staatsschuldverschreibungen, mit für einzelne Staaten zum Teil nicht mehr finanzierbaren Zinslasten (über 7% und mehr), ausgeliefert zu sein – sind derzeit die 27 Länder der EU und die darin enthaltenen 17 Länder der Euro-Zone sehr bemüht, mit „Sparprogrammen“ eine Konsolidierung der Staatshaushalte zu erreichen. Dazu einigten sich die EU-Staaten (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und Tschechiens) auf einen „Europäischen Fiskalpakt“, welcher am 2. März 2012 unterzeichnet wurde.

#### **II. Auswirkungen der Schuldenkrise**

Die Schuldenkrise ist mittlerweile zu einer Zerreißprobe für die EU geworden. Einzelne Staaten (Griechenland, Irland und Portugal) konnten den Zahlungsverpflichtungen aus ihrer Verschuldung ohne Unterstützung Dritter nicht mehr nachkommen. In geringerem Ausmaß haben auch Italien und Spanien teilweise Probleme, am Kapitalmarkt Kredite aufzunehmen und werden daher genauso zu den Krisenstaaten gezählt. In allen fünf betroffenen Staaten kam es 2011 zu Regierungswechseln. In Irland, Portugal und Spanien geschah dies nach vorgezogenen Neuwahlen, während in Italien und Griechenland

Übergangsregierungen von Wirtschaftsexperten gebildet wurden – Griechenland hat in den letzten Wochen zweimal gewählt und will nun wieder eine demokratisch gewählte Regierung bilden. Kennzeichnend für die Krise in den europäischen Staaten ist, dass die Wirtschaftsleistung deutlich nachlässt, dementsprechend die Zahlen der Arbeitslosen markant in die Höhe schnellen. Dabei erreicht in einigen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit (15 – 24 Jährige) eine Marke von 50%, was deren Erwerbs- und damit auch Lebenschancen – oft trotz hervorragender Ausbildung und akademischem Abschluss – stark beeinträchtigt. Auch die „Sparprogramme“ haben in einzelnen Staaten – besonders in Griechenland – so stark in die Sozialsysteme hineingeschnitten, dass eine massive Verarmung breiter Bevölkerungsteile um sich greift. Somit verlieren immer größere Teile der Bürger/innen das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik – und zugleich bremst die Wirtschaft in diesem Szenario ihre Investitionen, was in Summe zum Phänomen einer Rezession führt. Zusammengefasst: Vertrauensverlust, zurückgehende Wirtschaftsleistung und korrespondierend steigende Arbeitslosigkeit, Rezession.

### **III. Konstruktionsfehler werden aufgedeckt**

Seit dem Jahr 2002 verfügen einige Staaten der EU über eine gemeinsame Währung: den Euro. Die aktuelle Krise, zeigt zugleich schonungslos die Ungleichgewichte in der Euro-Zone auf. Staaten, die schon traditionell eine „Hartwährungspolitik“ mit einer stabilen Währung verankert hatten (Deutsche Mark), fanden sich nun zusammen mit Ländern in einer gemeinsamen Währung, die eher höhere Inflationsraten in Kauf nahmen und vor Einführung des Euro ihre Konkurrenzfähigkeit durch stetige Währungsabwertungen erhalten hatten. Somit war mit der Einführung des EURO ein ganz wesentlicher Handlungsspielraum zwischen Ländern mit „harter“ Währung und jenen mit „weichen“ und national beeinflussbaren Landeswährungen aufgegeben. Darüber hinaus wurden die als „Maastricht-Kriterien“ bekannten EU-Verträge (nicht mehr als 3% des BIP Haushaltsdefizit und nicht mehr als 60% BIP Staatsverschuldung) immer wieder – und ohne Konsequenzen – gebrochen bzw. von einzelnen Staaten bei weitem nicht erreicht. Nicht zuletzt auf Grund der niedrigen Zinsen im Euro-Raum, ließen sich private und staatliche Akteure in einigen Ländern zu einer übermäßigen Kreditaufnahme verleiten, die einen künstlichen (=kreditfinanzierten) Wirtschaftsboom auslöste. Dieser Boom ließ Preise und Löhne viel schneller anwachsen und führte zu wirtschaftlichen Fehlentscheidungen (z.B. Bauboom in Spanien). Auch die Produktivität stellt in einer Marktwirtschaft einen ganz wesentlichen Wettbewerbsfaktor dar und der Warenstrom von produktiven zu weniger produktiven Volkswirtschaften, führt letztendlich zu einem Kaufkraftabfluss aus den Ländern mit niedriger Produktivität. Durch das Platzen der Wirtschaftsblase in den Krisenländern stürzte die Europäische Währungsunion in eine Strukturkrise. Mit dem Europäischen Fiskalpakt bzw. offiziell dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion will die EU hier zukünftig gegensteuern. Ziel ist ein gemeinsames Budget, gemeinsame Steuerpolitik, gemeinsame Garantie für die Staatsschulden der Länder der EU. Zusammen mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion würde der Fiskalpakt den europäischen Wirtschaftsraum vollenden. Der politische Preis ist die Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität.

#### **IV. Der Finanz- und Bankensektor muss reguliert werden**

Es reicht nicht, dauernd Geld für einen maroden Bereich zur Verfügung zu stellen, ohne Maßnahmen zur Gesundung einzuleiten. Dem Finanz- und Bankensektor sind klare und nachvollziehbare Schranken zu setzen, damit Spekulationsexzesse und unseriöses Vorgehen nachhaltig unterbunden werden. So richtig die derzeit stattfindende Bankenrettung in der EU auch ist, ist eine Redimensionierung des Bankensektors unumgänglich. Sofort umzusetzen ist:

1. Eine strikte Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken. Das Risiko muss klar ersichtlich sein und wenn nötig beschränkt werden können.
  2. Bilanzierungsregeln müssen transparenter und strenger gefasst werden.
  3. Ein sinnvolles Insolvenzrecht für Banken muss eingeführt werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass Banken „abgewickelt“ werden können, ohne dass die Staaten in Bedrängnis kommen.
  4. Langfristig muss der Finanzsektor das Geld, das aufgewendet wurde, um die Krise zu bewältigen, wieder hereinbringen.
  5. Wenn Banken unterstützt werden, muss der Staat oder die Staatengemeinschaft auch entsprechende Eigentümerrechte wahrnehmen und
  6. Bilanzsummen dürfen gewisse Größenordnungen im Verhältnis zum BIP nicht mehr überschreiten,
- lauten die wichtigsten Forderungen für ein neues Regelwerk, welches das Finanz- und Bankensystem auf die ursprüngliche Funktion im Spar- und Kreditwesen zurückführt.

#### **V. Mit Steuern steuern**

Wenn die Mitgliedsländer der EU ihre Steuersysteme harmonisieren und sich auf längere Sicht zu einer gemeinsamen Fiskalpolitik hin entwickeln, dann stellt sich die Frage nach den Grundsätzen, denen eine gemeinsame Steuerpolitik folgen soll. Für Christliche Gewerkschafter/innen bietet die Soziallehre hier Orientierung. Die Expertin der Kath. Sozialakademie Österreichs (ksoe), Dr. Lieselotte Wohlgenannt, schreibt unter dem Titel „Steuern sollen steuern“ das Folgende: *„Wichtig ist nicht nur, wofür Steuern und Abgaben verwendet werden, sondern auch, wo und wie sie erhoben werden. Steuern beeinflussen das Handeln der „Wirtschaftssubjekte“: Einzelne und Haushalte, Wirtschaftstreibende und Konzernleitungen treffen ihre Entscheidungen nicht zuletzt auch im Hinblick auf anfallende Steuern und Belastungen. Steuern können Investitionen in Zukunftstechnologien fördern oder bremsen, die Schaffung von Arbeitsplätzen erleichtern oder erschweren, durch Förderung von Forschung und Bildung dazu beitragen, die ständig notwendige Weiterentwicklung und den Strukturwandel der Wirtschaft zu unterstützen. Steuern und Abgaben sollten so gestaltet sein, dass sie als (einigermaßen) gerecht erfahren werden können. Dazu wären klare Regeln mit wenigen Ausnahmen hilfreich. Wenn sich ein gesellschaftliches Klima entwickelt, wo Steuern grundsätzlich als ungerecht betrachtet werden, Umgehungen als Kavaliersdelikt gelten, ist der Korruption Tür und Tor geöffnet, gesellschaftliche Solidarität in ihren Wurzeln bedroht.“* Im Sinne der Christlichen Soziallehre ist das öffentliche Finanzwesen dann auf Gemeinwohl ausgerichtet, wenn es sich an einige grundlegende Prinzipien hält: Das Zahlen der Steuern als Aspekt der Solidaritätspflicht: Vernünftigkeit und Billigkeit bei der

Auferlegung der Abgaben; Strenge und Integrität bei der Verwaltung und Verwendung der öffentlichen Ressourcen. Bei der Umverteilung der Ressourcen muss das öffentliche Finanzwesen den Prinzipien der Solidarität, der Gleichheit und der Nutzung der Talente folgen und der Unterstützung der Familien große Aufmerksamkeit sowie eine angemessene Menge von Ressourcen widmen. (Kompendium der Soziallehre der Kirche, 355)

## **VI. Ursachen der Krise**

Neben den technischen Aspekten der Finanz- und Wirtschaftskrise, stellt sich die Frage, ob nicht unser „way of life“ – also unsere Art zu leben und zu wirtschaften – zu überdenken ist. Schon 1998 formulierte einer der bekanntesten Theoretiker unserer Zeit, Richard Sennett, in New York in seinem Buch „Der flexible Mensch“ – das spannenweise im Englischen-Original den Titel „The Corrosion of Character“ trägt – entscheidende Fragen zur „Tiefe der Krise“, nämlich: *Wie können langfristige Ziele verfolgt werden, wenn man im Rahmen einer ganz auf das Kurzfristige ausgerichteten Ökonomie lebt? Wie können Loyalitäten und Verpflichtungen in Institutionen aufrechterhalten werden, die ständig zerbrechen oder immer wieder umstrukturiert werden? Wie bestimmen wir, was in uns von bleibendem Wert ist, wenn wir in einer ungeduldigen Gesellschaft leben, die sich nur auf den unmittelbaren Moment konzentriert?* Diese Fragen weisen darauf hin, dass die gegenwärtige „Krise“ viel mehr sein könnte, als bloß eine Delle im Wirtschaftswachstum, wo wir die Erwartung haben dürften, bald wieder so weiter wirtschaften zu können wie vor der Krise. Möglicherweise stehen wir am Beginn des 21. Jahrhunderts vor ähnlich tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen, wie sie Ende des 18. Jahrhunderts mit der französischen Revolution und den damaligen Leitmotiven von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ stattfanden. In der jüngsten Sozialzyklika „Caritas in veritate“ (Über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit) beschreibt Papst Benedikt das paradoxe Phänomen der Globalisierung, als eine „Explosion der weltweiten wechselseitigen Abhängigkeit“. Paradox deswegen, weil den ungeheuren Möglichkeiten zum Trotz eine ständig wachsende Zahl – besonders junger – Menschen anscheinend den Glauben daran verloren hat, dass wir Menschen unsere Lebensumstände selbst bestimmen und daher auch unsere Gesellschaft verändern können.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht zufällig eingetreten. Sie sollte vielmehr ein Ansporn sein, unsere Art zu leben und zu wirtschaften grundsätzlich zu überdenken – und ein „Europäisches Modell“ zu entwickeln, an dem sich alle Mitgliedsstaaten der EU beteiligen – und das auch weltweit eine Perspektive aufzeigt. Wenn die Prinzipien der Soziallehre in der Politik umgesetzt werden, ist die soziale Marktwirtschaft zu einer weltweiten „Ökosozialen Marktwirtschaft“ auszubauen.

## **VII. Ökosoziale Marktwirtschaft**

Während in der freien Marktwirtschaft die ökonomischen Interessen dominieren und es in der kapitalistischen Marktwirtschaft um die Maximierung von Kapitalrenditen geht, liegt das Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft in der Balance zwischen einer

## **leistungsfreundlichen Wirtschaft, sozialer Solidarität und Schutz der Umwelt** auf der Basis von Verursacherprinzip und Kostenwahrheit.

Die Christgewerkschafterinnen und Christgewerkschafter Österreichs haben ein ökosoziales Pilotprojekt gestartet. Ökosoziale Produkte und Dienstleistungen sind dadurch gekennzeichnet, dass bei ihrer Herstellung bzw. Erbringung soziale, ökologische und ökonomische Kriterien gleichwertig Berücksichtigung finden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit steht dabei im Vordergrund. In einem – von der EU und dem Land Niederösterreich geförderten – Pilot-Projekt, hat die Fraktion Christlicher Gewerkschafter/innen Österreichs einen „Ökosozialen Marktplatz“ geschaffen. Mittels eines grenzüberschreitenden Programms wurde ein Bewertungsschema entwickelt, anhand dessen sich Betriebe orientieren können, wenn sie sich stärker in Richtung ökologischer oder sozialer Verantwortung entwickeln wollen bzw. diese Schritte bereits gesetzt haben. In der Projektregion gibt es bereits viele Betriebe, die nach ökosozialen Kriterien wirtschaften. Diese Betriebe präsentieren sich auf einer eigens konzipierten Homepage und haben so die Möglichkeit, sich potenziellen Kunden grenzüberschreitend vorzustellen. Unternehmen, Non-Profit-Organisationen sowie landwirtschaftliche Betriebe haben mit dieser Idee die Möglichkeit, neue Vermarktungschancen zu nutzen und ihre Netzwerke zu erweitern. Konsumentinnen und Konsumenten haben durch den „Ökosozialen Marktplatz“ die Möglichkeit, bewusstere Konsumententscheidungen in der Region zu treffen und ihren Konsum so nachhaltig zu gestalten.

### **Ökosozial wirtschaften – Öffentlichkeit:**

Unternehmen, bäuerliche Betriebe und Non-Profit-Organisationen im österreichischen und tschechischen Programmgebiet, die ökosoziale Produkte und Dienstleistungen erzeugen bzw. erbringen, erhalten durch eine (zweisprachige) Homepage Öffentlichkeit. Ziel des ökosozialen Marktplatzes ist es, bei den Konsumentinnen und Konsumenten ein Bewusstsein für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu schaffen.

### **Ökosozial wirtschaften - Nutzen für Ihren Betrieb**

- Nachhaltige Maßnahmen in der Produktion und Entwicklung schaffen Wettbewerbsvorteile
- Nachhaltige Werbemaßnahmen erzielen stärkere Kundenbindung
- Nachhaltigkeit in der Unternehmenskultur schafft Vertrauens- und Imagegewinn bei Lieferantinnen und Lieferanten, Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern sowie Kundinnen und Kunden und erzielt eine Erhöhung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Zufriedenheit und -Motivation

### **Ökosozial wirtschaften - Praxisbeispiele**

- Konzentration auf nachhaltige ökologische Produktentwicklung
- Verwendung von biologischen und regionalen Lebensmitteln
- Familien- und frauenfreundliche Maßnahmen (Betriebskindergarten, etc.)
- Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Ausbildung von Lehrlingen, Diversity-Maßnahmen, etc.
- Umwelt- und artgerechte Produktionsprozesse (Biolebensmittel, etc.)
- Abfallvermeidung und umweltgerechte Entsorgung, etc.

### **Ökosozial wirtschaften - Nutzen für die Region**

- Die Verwendung von regionalen Rohstoffen sorgt für kurze Transportwege

und schützt die Umwelt

- Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region
- Die Wertschöpfung bleibt in der Region

Weitere Informationen auf der Homepage: [www.oekosozialer-marktplatz.at](http://www.oekosozialer-marktplatz.at)

Im Zusammenwirken zwischen Lissabon-Strategie für Soziales und Beschäftigung sowie der Göteborg-Strategie für Nachhaltigkeit, sind Elemente der Ökosozialen Marktwirtschaft bereits in der EU verankert. Unter dem Druck einer Globalisierung ohne fairen Ordnungsrahmen geraten allerdings unsere Sozialsysteme in Europa immer mehr unter Druck. Schrankenloser Wettbewerb und Freihandel bei völlig unvergleichbaren Bedingungen wirken destruktiv, führen zu steigender Verarmung und höherer Arbeitslosigkeit – nach der Krise brauchen wir neue Wege!

**Mit diesen Schlussfolgerungen aus der 24. KGZE in Brno wollen die Teilnehmer/innen aufzeigen, dass es Wege aus der Krise gibt und wir gemeinsam gefordert sind, mit den Orientierung aus der Soziallehre aktiv diese neuen Wege politisch anzusteuern.**